

jung.sozialistisch.

Der Newsletter der Jusos in der SPD Dresden. Ausgabe 6/12

Inhaltsverzeichnis

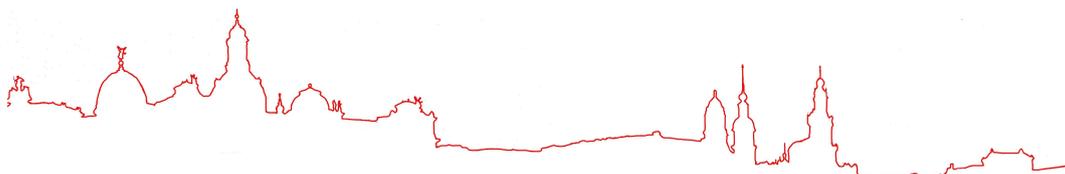
Vorwort	1
Termine	2
Aufrufe	3
Circa 5000 Schüler_innen und Student_innen behindern den Verkehr	5
AK Internationales und Europa: Bürgerkrieg in Syrien	7
Jusos vor Ort	11
Das Urheberrecht muss auch den Nutzern gerecht werden.	11
Brennpunkte der Informationsgesellschaft	14
Redaktion	16

Vorwort



von Stefan Engel - Liebe Jusos,

Manchmal wundert man sich ja schon über diese Stadt. Gut, "manchmal" dürfte untertrieben sein, eigentlich bietet die Zeitungslektüre ausreichend Stoff für jeden einzelnen Tag. Besonders heftiges Kopfschütteln dürfte in diesem Zusammenhang das Gebaren um die Beflaggung des Dresdner Rathauses zum Christopher Street Day (CSD) auslösen. Zum wiederholten Male ist diese Stadt offensichtlich nicht bereit, ein Zeichen für Offenheit und Toleranz zu setzen. Nein, diesmal ist es nicht nur aus angeblich technischen Gründen nicht möglich gewesen, diesmal



hat die Oberbürgermeisterin ganz offen zugegeben, dass sie daran kein Interesse hat. Und dies als Schirmherrin der ganzen Veranstaltung. Dieses Verhalten sagt einiges über die Oberbürgermeisterin selbst aus. Was in Bielefeld, Köln oder Berlin möglich ist, sei hier in Dresden halt nicht möglich. Ein dementsprechender Eilantrag zum Thema wurde von ihr auch mit fadenscheinigen Argumenten nicht auf die Tagesordnung des Stadtrats genommen. Zusammenfassend lässt sich wohl wieder mal feststellen, dass im gesellschaftlichen Klima der Stadt einiges noch nicht stimmt und dass wir mit Frau Orosz eine Oberbürgermeisterin haben, die sich nicht im Geringsten gegen ihre eigene Partei und die dort vorherrschenden strukturkonservativen Denkweisen durchsetzen kann. Beides ist sicherlich nicht schön, sollte für uns aber Anspruch sein, weiter für eine andere und fortschrittlichere Politik in dieser Stadt einzutreten.

Kommen wir vom einen Übel zum anderen: Ja, der 17. Juni ist der BRN-Sonntag. Aber leider nicht nur das: Auch dieses Jahr wollen die Nazis wieder den Jahrestag der Aufstände des Jahres 1953 für sich vereinnahmen. Begünstigt durch eine unglückliche Gedenkpolitik der Stadt Dresden nehmen die Nazis seit 2008 an den offiziellen Gedenkfeiern am Postplatz teil und führen daran anschließend einen Marsch durch die Dresdner Innenstadt durch. Gerade aufgrund der erfolgreichen Blockaden bei den Februarmärschen der letzten Jahre, sollte es unser Anspruch sein, auch an solchen Tagen den Nazis wirksam entgegenzutreten. Der 17. Juni darf nicht der Ausweichtermin für den 13. Februar werden. Deswegen gilt auch diesmal: "Wir leisten zivilen Ungehorsam gegen braunes Gedankengut. Dabei wird von uns keine Eskalation ausgehen. Wir sind solidarisch mit allen, die das Ziel teilen, den Nazi-aufmarsch zu verhindern."

Damit dies auch gelingt, lade ich euch ganz herzlich zu unserem **offenen Mitgliedertreffen** (ja, so heißt unsere gute alte Mitgliederversammlung ab sofort) **am 14.6. in die Genossenschaft** ein. Hier wollen wir euch optimal auf den 17. Juni vorbereiten, eure Fragen beantworten und z.B. auch klären, wie man eine Bezugsgruppe bildet und was dabei zu beachten ist.

Ich wünsche euch viel Vergnügen beim restlichen Newsletter und hoffe, dass wir uns bei einer unserer vielen Veranstaltungen in diesem Monat sehen. Selbstverständlich stehe ich euch für Rückfragen, Kritiken und Anmerkungen jederzeit via stefan.engel.dd@googlemail.com zur Verfügung.

Termine

- 04.06.2012, 19.00 Uhr: AK Integration zum Thema: Integrationsarbeit in Dresden und Sachsen, Genossenschaft (Priebnitzstraße 20, Dresden)
- 08.06.2012, 19.00 Uhr: Juso-Unterbezirksvorstand, Genossenschaft (Priebnitzstraße 20, Dresden)



- 09.06.2012, 13:30 Uhr: Grundrechte Demo, Albertplatz, Dresden
- 12.06.2012, 19.00 Uhr: AK Internationales und Europa zum Thema: Die Rolle des Militärs in der arabischen Welt, Genossenschaft (Priebnitzstraße 20, Dresden)
- 14.06.2012, 19.00 Uhr: Offenes Mitgliedertreffen zum Thema: Gemeinsam gegen den Naziaufmarsch am 17. Juni 2012, Genossenschaft (Priebnitzstraße 20, Dresden)
- 17.06.2012: Dresden1706, Postplatz, Dresden, <http://dresden1706.noblogs.org/>
- 20.06.2012, 18.00 Uhr: AK Wirtschaft und Soziales, Genossenschaft (Priebnitzstraße 20, Dresden)
- 20.06.2012, 18.30 Uhr: SPD-Unterbezirksvorstand, Herbert- Wehner- Saal (Könneritzstraße 5, Dresden)
- 21.06.2012, 19.00 Uhr: Juso-Unterbezirksvorstand, Genossenschaft (Priebnitzstraße 20, Dresden)
- 25.06.2012, 19.00 Uhr: Themenschwerpunkt Inneres: Verfassungsschutz, Genossenschaft (Priebnitzstraße 20, Dresden)

Aufrufe

Aufruf des Bündnisses Dresden 1706

Auch dieses Jahr wird sich das Bündnis Dresden1706 gegen die Vereinnahmung des 17. Juni durch die Nazis wehren. Dieses Vorhaben unterstützen die Jusos Dresden als Erstunterzeichner des folgenden Aufrufs:

Der 17. Juni 1953

Am 16. Juni 1953 kam es in der jungen DDR zu einem Aufstand gegen unzumutbare Arbeits- und Lebensbedingungen. Vorangegangen waren Streiks, die sich innerhalb kürzester Zeit großflächig auf das Gebiet der DDR ausweiteten. Verbunden mit politischen und wirtschaftlichen Forderungen gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen, die Ignoranz der SED gegenüber den Bedürfnissen der Menschen nach freien Wahlen und Mitbestimmung und einer übermäßigen Förderung der Schwerindustrie entstand dieser erste antistalinistische Aufstand. Der Aufstand wurde mit Hilfe sowjetischer Truppen am 17. Juni 1953 blutig niedergeschlagen. Zwar wurden die Normenerhöhungen rückgängig gemacht, der Aufstand jedoch als “das Werk von Provokateuren und faschistischen Agenten ausländischer Mächte und ihrer Helfershelfer aus deutschen kapitalistischen Monopolen...” gebrandmarkt. Diese Deutung zog sich als Sprechart weiter durch die Geschichtsschreibung der DDR.

Die Nazis

Die NPD und die freien Kräfte wollen am 17. Juni dieses Jahres – wie in den vergangenen Jahren – an den Arbeiter_innenaufstand in der DDR anknüpfen. Dabei geht es ihnen um den angeblichen Ruf des deutschen Arbeiters nach “Freiheit und Selbstbestimmung...”. Sie geben sich “volksnah” und protestieren gegen eine Vereinnahmung einer vermeintlich “deutschen” Souveränität durch die europäische Finanzpolitik.



Sie wollen den Euro- Finanzraum verlassen und die Krise des Kapitalismus durch einen abgeschotteten Binnenmarkt mit einer "starken" D-Mark überwinden. Dahinter steckt das Konzept der deutschen Volksgemeinschaft, in der jede/ihren/seinen "natürlichen" Platz findet und wo Abweichung sowie Individualität bestraft wird. Gegen das vermeintliche "jüdische Großkapital" sowie "internationale Organisationen" wird gehetzt. Ebenso gegen "Schmarotzer", die sich nicht einer perfiden nationalsozialistischen Arbeitsnorm unterordnen wollen oder können.

Die Dauerkrise des Kapitalismus ist jedoch nicht durch nationale Abgrenzung oder Ausgrenzung von Menschen unterschiedlichster Lebensweisen überwindbar. Der Bezug der Nazis auf die Selbstbestimmung der Arbeiter_innen, bildet nur das anknüpfende Argument für ihre rückschrittliche Ideologie.

Die Stadt Dresden

Im Jahr 2008 wurde am Postplatz von der Dresdner Künstlerin Heidemarie Dreßel ein Mahnmal für den Aufstand von 1953 errichtet. Eine Panzerkette eines russischen T- 34 Panzers mahnt an die Geschehnisse in Dresden, wo auch nach der Aufstandsniederschlagung am 17. Juni noch Massenversammlungen stattfanden. Seit 2008 finden öffentliche Gedenkfeiern mit dem Bezug zum Jahr 1953 an diesem Ort statt. Seit dieser Zeit nehmen immer mehr Nazis daran teil und führen im Anschluss einen Aufmarsch durch. Eine Distanzierung oder öffentliche Ablehnung seitens der Stadt erfolgte bisweilen nicht.

Dem 17. Juni 1953 darf nicht nur im Lichte des Antikommunismus gedacht werden. Vielmehr sollte man den Tag heute in einer Tradition sozialer Kämpfe für Gerechtigkeit, Mitbestimmung, faire Entlohnung und kürzere Arbeitszeiten sehen. Dabei sind in Zeiten von Kurzarbeit und kapitalistischer Dauerkrise diese Forderungen aktueller denn je. Wir rufen die Stadt auf, die Nazis beim öffentlichen Gedenken nicht zu dulden. Die Gedenkpolitik der Stadt auch an diesem Datum darf nicht weiterhin zu einer Einladung für Naziaufmärsche werden.

Darüber hinaus laden wir alle ein, gemeinsam mit uns spektrenübergreifend gegen Naziaufmarsch und Geschichtsverdrehung auf die Straße zu gehen. Wir leisten zivilen Ungehorsam gegen braunes Gedankengut. Dabei wird von uns keine Eskalation ausgehen. Wir sind solidarisch mit allen, die das Ziel teilen, den Naziaufmarsch zu verhindern.

Gemeinsam gegen den Naziaufmarsch am 17. Juni 2012

Weitere Informationen: <http://dresden1706.noblogs.org/>



Gemeinsame Grundrechte Demo der Jusos, LINKEN und Piraten

In der Vergangenheit gab es immer wieder Versuche, die Grundrechte die jedem Menschen, auch im Netz, zustehen, einzuschränken. Dazu gehören Rechte wie Meinungsfreiheit und das Fernmeldegeheimnis, aber auch die wichtige informationelle Selbstbestimmtheit. Auch wenn ACTA letztlich nur indirekt Einfluss auf diese Rechte haben würde, gab und gibt es eine Reihe von Initiativen die viele unserer Freiheiten und Rechte im Namen eines hysterischen Sicherheitsverständnis einschränken. Das SWIFT- Abkommen zur Weitergabe von vertraulichen Finanzdaten an die Vereinigten Staaten oder die Weitergabe vertraulicher Daten von Flugpassagieren (PNR) an Dritte. Der Gipfel des Sicherheitswahns ist sicherlich mit IN-DECT erreicht. Ein europäisches Projekt das zum Ziel hat, automatisiert Daten aus dem Internet und von Überwachungssystemen auszuwerten, um so mögliche Gefahren im Voraus zu erkennen. Das Realität gewordene orwellsche Panoptikum. Hier wird der Unschludsvermutung gänzlich der Rücken gekehrt, um mit allumfassender Überwachung und Kontrolle ein falsches Gefühl von Sicherheit zu schaffen. Abkommen und Projekte dieser Art in Zukunft zu verhindern, fordern wir auch einen offeneren Umgang der Staaten mit dem Bürger. Abkommen dürfen nicht mehr hinter verschlossenen Türen verhandelt werden. Der Bürger muss die Chance haben, jeden Verhandlungsschritt zu verfolgen. Seine Meinungen und Bedenken müssen gehört werden.

Gemeinsam für Grundrechte Am 9. Juni ab 13:30 Uhr am Albertplatz

Circa 5000 Schüler_innen und Student_innen behindern den Verkehr



von Matti Drechsel - "Wir sind hier. Wir sind laut, weil man uns die Bildung klaut." Dieser Spruch gehört schon fast zu Dresden wie die Frauenkirche. Ständig ziehen Menschen durch die Stadt, die das rufen. Am 10.05. waren es ca. 5000. "Völlig unverständlich. Die wollen doch nur alle Krawall machen. Die demonstrieren um des Protestierens Willen.": In der Jungen Union offensichtlich eine verbreitete Meinung. Dabei ging es aber um nichts weiter als die Zukunft Sachsens. Die Leute, die da immer den Verkehr behindern, sind nämlich nicht alle "Antisachsen", sondern Schüler_innen und Student_innen, denen vor den Folgen einer verfehlten Bildungspolitik graut. In den großen Städten – Leipzig, Dresden und Chemnitz – wird es schon nächstes Schuljahr Grundschulklassen ohne Klassenlehrer geben. Auch bei alle anderen Schularten werden massive Stundenausfälle hinzukommen. Es gibt einfach nicht genug Lehrer.





Es drohen den Schülern viele Aufgaben, die sie ohne Lehrer in der Schulzeit selbständig lösen müssen. Das sogenannte "Lösen gestellter Aufgaben" ist zwar auf den Ersten Blick harmlos, muss aber im Kontext gesehen werden. Schule ist in Sachsen nun mal so organisiert, dass am Morgen Wissen vermittelt wird und abends die ganze selbstständige Arbeit folgt. Zu versuchen, Aufgaben selbständig zu lösen, ohne das Wissen vermittelt wurde, geht schief. Das Rezept der Landesregierung kommt da mal erfrischend unerwartet: Die Mittel werden gekürzt. Das klingt unlogisch und noch dazu ziemlich dämlich? Ist es auch: Gerade jetzt wäre es an der Zeit, Geld in die Hand zu nehmen. Denn in den schon benannten Städten gibt es nicht nur weniger Lehrer_innen, sondern zukünftig auch viel mehr Schüler_innen. So viel mehr, dass die Städte nicht wissen, wie sie all die Kinder unterbringen sollen. Da werden Wurst-Käse-Szenarien entwickelt und da wird rumgerechnet. Nicht, dass man es als Schüler nicht gewohnt wäre, als einfache Zahl betrachtet zu werden. Aber ein Grundschüler aus Nickern kann eben nicht mit dem Dreirad nach Klotzsche zur Schule fahren, bloß weil es dort noch einen freien Platz gibt. Soll heißen: Es gibt einen Punkt da nützt das Gerechne nichts mehr, da muss gebaut werden. Bauen kostet aber Geld, und das haben die Kommunen nicht. Eine seit Jahren völlig verfehlte Finanzpolitik des Freistaates zieht denen nämlich selbiges aus der Tasche. Schon erstaunlich, dass es eben das Finanzministerium ist, welches der Bildung die Mittel kürzt. Aber das ist eine andere Geschichte.

Es wäre an der Zeit, dass der Freistaat mit seinen milliardenschweren Rücklagen in die Bresche springt und den Kommunen etwas Geld für den Schulausbau in die Hand drückt. Wenn man sich den Sanierungstau der Städte mal zu Gemüte führt – was ja tatsächlich nicht einfach ist, da die Angaben stark schwanken – kommt man aber doch sehr schnell zu dem Schluss, dass eine Stadt allein das niemals stemmen könnte.



Wir reden hier von ca. 750 Millionen Euro in Dresden, ca. 550 Millionen Euro in Leipzig und ca. 330 Millionen Euro in Chemnitz. In ganz Sachsen beläuft sich der Sanierungsstau auf ca. 2 Milliarden Euro. Nimmt der Freistaat diese Mittel nicht in die Hand, drohen den Schüler_innen "mobile Raumeinheiten". Auch die kann man sich schön reden. Die meisten Schüler_innen und Lehrer_innen, die in Containern unterrichten bzw. unterrichtet werden müssen, klagen über extrem schlechte Luft, unmenschliche Wärmeentwicklung, sehr schlechte Akustik und Platzmangel. Zumal von den Kosten der Container an einer Schule über 10 Jahre inklusive der benötigten Grundplatte schon eine Mittelgroße Schule komplett neu errichtet werden könnte. Die Stadtverwaltung Dresden rechnet an einigen Schulen mit Containern für 10 Jahre, da eine Schulanfängerstatistik – auf deren Fehlertoleranz ich jetzt lieber nicht eingehen möchte – besagt, dass ab 2023 die Schüler_innenzahlen wieder sinken werden. Die Wahl zwischen genug Räumlichkeiten für inklusiven und guten Unterricht nach 2023 und 10 Jahre Schüler_inn-in-der-Dose sollte aber eigentlich nicht schwer fallen!

Und auch im Hochschulbereich soll gekürzt werden. Schon toll, dass man sich in Sachsen mit den hochgebildeten Fachkräften, die für so wenig Geld zu haben sind, brüstet und dann einfach mal kürzt. Fachkräftemangel nicht nur in der Staatsregierung wird die Folge sein. Bis jetzt lebt Sachsen ziemlich gut davon, junge Menschen in die Universitätsstädte zu ziehen um sie dann möglichst zu behalten. Während sich überall sonst im Osten der Rentner als dominierende Spezies durchgesetzt hat, war in Sachsen das Alters-Ökosystem noch einigermaßen in Schuss. Wenn die Universitäten aber nicht einmal mehr die Mittel haben, den Sächsischen Nachwuchs aufzunehmen, wird das schwierig. Außerdem gilt es zu sichern, dass die Wenigen, die sich einen Studienplatz ergattert haben auch gute Bedingungen vorfinden. Und dafür braucht man für gewöhnlich auch das Lehrpersonal. An dem soll jedoch massiv gespart werden. Was will uns Unland damit sagen? Vermutlich nur, dass er es satt hat, jedes Jahr Millionen für die Bildung auszugeben, wenn er das Geld genauso gut auch in Straßen oder in hochspekulative Immobiliengeschäfte hätte investieren können. Guter Mann!

AK Internationales und Europa: Bürgerkrieg in Syrien

von Fabian Wendt - Am 4. Mai dieses Jahres demonstrierten knapp 200 syrische Studenten in Aleppo gegen die Regierung Bashar Al'Assads. Der Zug hatte sich kaum in Bewegung gesetzt, als mehrere ihrer eigenen Kommilitonen, mit Messern bewaffnet, angriffen. Die Polizei nahm dies zum Anlass, sämtliche Studenten festzunehmen - vier von ihnen waren da bereits tot. Es mag melodramatisch klingen, wenn ein Arbeitskreis fragt "Wie hört das Sterben in Syrien auf?", aber wenn ein Tag wie in Aleppo, zum Alltag eines ganzen Landes wird, mehr als 9000 Menschen bereits ihr



Leben verloren haben, ist das und genau das die Frage, die gestellt werden muss.

Seit 40 Jahren regiert in Syrien der Clan der Assads mit eiserner Faust und führt das Land wie eine Mafia Familie. Gestützt auf eine kleine, religiöse Minderheitengruppe, den Alawiten, sind alle Leitungsposten in Staat, Einheitspartei und vor allem den Sicherheitskräften, also Militär und Geheimpolizei, mit ihren Anhängern besetzt. Zu bedingungsloser Loyalität, Unrecht eingeschlossen, wird diese Anhängerschaft durch ein perfides System aus Bevorzugung und Angst verführt. In einem der ärmsten Länder des Nahen Ostens genießen sie den Luxus der Elite, während die gezielte Mittäterschaft an Menschenrechtsverletzungen, von den untersten Rängen an, sie das Fürchten eines Machtwechsels lehrt, bei dem sie sich für ihre Verbrechen verantworten müssten. Schon einmal gab es einen Aufstand gegen diese blutige Diktatur. 1982 wagte die Stadt Hama die offene Rebellion, das Regime fackelte nicht lange und machte die Stadt dem Erdboden gleich - die UN zählte mehr als 20 000 Tote. Eine Generation lang konnte die Erinnerung an das Massaker von Hama jeglichen Widerstand ersticken, doch dann erhoben sich die Bevölkerungen von Tunesien, Ägypten und Libyen gegen ihre Despoten und der Flächenbrand machte auch vor Syrien nicht halt.

Der Anlass war, wie so häufig, völlig banal. In der Stadt Homs hatten Jugendliche regimekritische Sprüche auf Wände gesprüht und wie immer griff die Polizei sofort und unerbittlich durch. Aber im Unterschied zu den ungezählten Festnahmen davor, hatte sich etwas Fundamentales gewandelt in Syrien: In dem Land dessen Bevölkerung zwischen 2000 und 2010 von 16 auf 22 Millionen Menschen zulegte, wo die Hälfte aller Bürger jünger als 22 ist, war eine Generation ohne das Gespenst von Hama herangewachsen. Stattdessen kannten sie Facebook, Al-Jazeera und junge Blogger aus all den Staaten, die Mut gefunden hatten, gegen ihre Diktatoren anzugehen.

Aus einzelnen Protesten gegen die Staatswillkür entfachte sich schnell ein Lauffeuer und der Assad Clan erschrak, als er sich als letzten Dominostein des Arabischen Frühlings wiedererkannte. Sie schlugen hart zurück. Mehr als 22 000 Demonstranten wurden ohne Grund festgenommen, Städte vom Militär mit schwerer Artillerie beschossen, Scharfschützen zielten auf Protestmärsche nach den Freitagsgebeten. Bisher flohen 24.000 Menschen in die Türkei vor der Gewalt der Staatsrepression, die mittlerweile zum Bürgerkrieg geworden ist.

Die internationale Gemeinschaft reagiert gespalten, Freunde der Diktatur in Iran, Russland und China stützen das Regime, während der Westen und die Arabische Liga, nicht uneigennützig, Druck machen. Wenn sich beide Lager einmal einigen können, sind die Gemeinsamkeiten so dünn, dass es für nicht mehr als Papiertiger reicht. Der letzte hatte die Form eines Waffenstillstandes, er währte nicht eine Woche. Das Sterben geht weiter. Wenn in einem Entwicklungsland ein milliardenstarker



Diktator bereit ist, mit Panzern in Wohngebiete zu schießen, um weiterhin sein Land ausbeuten zu können, ist jeder naiv, der davon ausgeht, er würde sein Macht jemals ohne Zwang aufgeben. Von Russland hochgerüstet und loyal zum Regime, wird das Militär die zerstrittenen Widerstandsmilizen noch lange, blutig niederschlagen. Ohne Intervention des Auslandes gibt es daher kein realistisches Szenario, das Syrien nicht in einem langen, mörderischen Teufelskreis versinken sieht.

Zurzeit liegen nur schlechte Optionen auf dem Tisch: Feiges Heraushalten mit diplomatischen Protestnoten macht uns nicht nur mittelbar zu Mittätern, wir verraten damit auch die Weltordnung, in der wir selber leben wollen und machen sie damit wieder ein Stückchen schwächer. Wer nie dafür eintritt, dass Recht regiert, Menschen frei und Staaten friedlich sind, darf sich nicht wundern, wenn einmal Unrecht, Unfreiheit und Krieg an seine eigene Tür klopft.

Genauso katastrophal wäre aber ein entschlossener Militäreinsatz gegen Assad. Syrien ist nicht Libyen. Das syrische Militär ist stärker, das Land nicht in der Mitte geteilt, sondern in einen Flickenteppich aus Konfessionen und Ethnien zerrissen. Doch der größte Unterschied ist: Syrien ist nicht isoliert. Während Russland seinen Waffenab-satzmarkt und Satrapen im Nahen Osten schützt, ist Syrien für den Iran der strate-gische Alliierte der Region. Ohne ihn können die Ayatollahs in Teheran nicht die Terrorgruppen Hamas und Hisbollah in Palästina und Libanon kontrollieren und mit Waffen versorgen, verlieren sie ihr Messer an der Kehle des Erzfeindes Israel. Wenn schon vor Afghanistan und Irak die Zweifel an einem Militäreinsatz in der islamischen Welt groß waren, die Erfahrungen beider Kriege uns größte Zurückhaltung gelehrt haben, so ist Syrien das sichere Rezept für einen blutigen Stellvertreterkrieg, bei dem die syrische Bevölkerung nur verlieren kann. Aufgabe deutscher Außenpolitik muss es daher sein, zusammen mit der breiten Allianz von Verbündeten in Europa, Arabien und Amerika bessere Optionen zu schaffen. Das heißt, aktiv und mit allen Mitteln der Außenpolitik den Widerstand in Syrien zu einigen, ihre Organisa-tionsstrukturen aufzubauen und sie auf einen Übergangsplan einzuschwören, der schon vor dem Sturz Assads die Grundlinien einer demokratischen, marktwirtschaftlichen Machtteilung in Syrien mit ausdrücklichem Minderheitenschutz vorzeichnet.

Drei Ziele sind dabei zu erreichen: 1. Es gilt einen verlässlichen Ansprechpartner im Land zu schaffen, den wir mit Informationen, Hilfsgütern und notfalls auch Waf-fen unterstützen können, damit der Widerstand gegen Assad überhaupt Aussichten auf Erfolg hat. 2. Die geeinte Opposition muss sich klar gegen äußere Terror-gruppen abgrenzen, die den Bürgerkrieg in Syrien für ihre religiös-extremistischen Ziele zu instrumentalisieren suchen, und es bisher so unabwägbar machen, den syrischen Widerstand militärisch zu unterstützen. 3. Einer geeinten Opposition muss ein Aufbauplan für Syrien nach dem Sturz Assads zugesichert werden, welcher nicht nur die Sanktionen aufhebt, sondern Aufbauinvestitionen für Wachstums- und Beschäftigungsimpulse zusichert. Nur so kann die letzte Stütze des Regimes, eine



das Chaos und die Armut fürchtende christlich-sunnitische Mittelschicht, für ein Überlaufen zur Opposition gewonnen werden. Eine Reihe von Instrumenten könnten dazu beitragen, die Opposition zu einen: Geberkonferenzen für ein Syrien nach Assad, um einen attraktiven Aufbaufond in Aussicht zu stellen, Geheimdienstarbeit oder das Errichten von Schutzzonen innerhalb Syriens für die Zivilbevölkerung. Ein erfolgreiches Zusammenbringen der Opposition ist die notwendige Bedingung für den Sturz Assads und die einzige Chance auf ein absehbares Ende des syrischen Bürgerkriegs.

Jusos vor Ort

Jusos Dresden erobern die sächsische Schaltzentrale



von Anastasia Bass - Mit der Reihe "Jusos vor Ort" wollen wir gemeinsam unbekannte Gefilde erforschen, neue Orte entdecken und euch einfach mal kennenlernen. Für die erste Veranstaltung haben wir die Kontakte zur SPD-Fraktion genutzt und eine Führung durch den Sächsischen Landtag organisiert. 25 Interessierte haben am 9. Mai ihren Weg in den Landtag gefunden und mit uns Wissenswertes über den Ablauf eines Plenums

und die Arbeit von Abgeordneten erfahren. Daraufhin nahmen wir auf der Besuchertribüne Platz und verfolgten die aktuelle Plenardebatte. Im Anschluss hat sich Martin Dulig, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, Zeit genommen und gemeinsam mit uns unter anderem über die Bildungspolitik der Staatsregierung und ein mögliches NPD-Verbot diskutiert. Die nächste Entdeckungsreise ist bereits in Planung. Aktuelle Informationen zu dieser und auch zu anderen Veranstaltungen findet ihr unter www.facebook.com/JusosDresden und unter www.jusos-dresden.de.



Das Urheberrecht muss auch den Nutzern gerecht werden.



von Mathias Rudolph - Die SPD-Bundestagsfraktion hat kürzlich zum Dialog gerufen und "zwölf Thesen für ein faires und zeitgemäßes Urheberrecht" (<http://blogs.spdfraktion.de/netzpolitik/2012/05/21/zwolf-thesen-urheberrecht/>) veröffentlicht. Da kann ich natürlich nicht anders als meinen Senf zum Dialog bei zugeben.

Zur These Nummer Eins: Es wird davon gesprochen, dass das Urheberrecht der digitalen Welt Rechnung tragen soll. Aber im folgenden Text scheint das nur zu bedeuten, das Urheberrecht besser durchzusetzen. Es wird auf die Kreativwirtschaft und deren Erzeugnisse eingegangen, der Schutz dieser Erzeugnisse ist wichtig und muss deshalb gewährleistet sein. Aber das Netz hat auch die Verbreitungsrealität veränderte, es ist möglich schnell Inhalten im Netz zu verteilen. Das darf natürlich nicht so passieren das sich Dritte Werke zueigen machen. Aber das Urheberrecht soll auch so gestaltet sein, dass Nutzer Inhalte, zumindest Ausrisse mit Quellenangabe, weiter verbreiten können, allerdings ohne vorher die Rechtmäßigkeit des weiterverbreiteten Inhalts prüfen zu müssen. Ein Unterfangen was im Alltag häufig nur schwer möglich wäre. Wissenschaftler sind übrigens auch Urheber und ein Zweitverwertungsrecht ist längst überfällig.

These Zwei und Drei: Hier werden zwei wichtige Punkte angesprochen. Das Urheberrecht muss fair sein denn sonst hat es ein Legitimationsproblem. Die Kreativwirtschaft muss sich Wege einfallen lassen Werke legal Verfügbar zu machen, die nachgefragt werden. Nur so kann man illegale Verteilplattformen wirksam bekämpfen. Der zweite Punkt ist die Frage der Verteilung innerhalb der Kreativwirtschaft. Wenn Urheber durch einen Buy-Out-Knebelverträge von einem Verwerter abhängig ist, kann von angemessener Entlohnung auch nicht die Rede sein. Die Urheberrechte der Künstler müssen vor solchen Verträgen besser geschützt werden.

These Vier: Hier werden effektive Maßnahmen zum Schutz geistigen Eigentums gefordert, um dann darauf einzugehen, dass legale Angebote zur Verbreitung von kreativen Inhalten gefördert werden sollen. Prinzipiell sind Schutzmaßnahmen nicht unbedingt falsch, wenn man sich aber die vergangen Jahre und ihre gescheiterte Politik der Bekämpfung von Urheberrechtsverletzungen anschaut, muss einem doch eigentlich klar werden das es so nicht funktioniert. Wie in vielen Bereichen im Leben bringen härtere Strafen wenig. Im Gegenteil, es wird das Bewusstsein gestärkt von einem unfairen willkürlichen Gesetzgebung betroffen zu sein. Man will ein Produkt konsumieren welches im eigenen Land nicht legal verfügbar ist. Es werden willkürliche geografische Unterschiede gezogen die im Netz keine Rolle mehr spielen. Warum gibt es denn bislang kaum vernünftige legale Angebote um Inhalte



im Netz zu konsumieren? Weil die Verwertungsindustrie ihren Kunden möglichst häufig Geld abnehmen will. Gerade als Sozialdemokraten sollten wir einem solchen urkapitalistischen Ansinnen entgegentreten. Es geht um faire Vergütung und das bedeutet eben nicht den Kunden auszunehmen. Darum legale Angebote schaffen vor schärferen Regeln zur Durchsetzung.

These Fünf: Eine Kulturflatrate sollte vielleicht nicht pauschal abgelehnt werden, ohne sie vorher genau zu prüfen. Zunächst wird wieder der Irrglaube bestätigt, das Urheberrecht nur im Netz ein Problem ist und damit nur Leute betrifft die das Netz exzessiv nutzen. Wie sieht es denn mit Musik auf einer Privatparty aus oder auf einer Demo? Was passiert wenn ich mal einen Zeitungsartikel gut finde und ihn kopiere um ihn einem Freund oder Bekannt zum lesen zu geben? Für solche Fälle gibt es die Gema oder die Urheberrechtsabgabe, also Pauschalwerkzeuge und auch da ist die Verteilungsfrage strittig. Vielleicht sollten wir einsehen das wir alle irgendwann irgendwie urheberrechtlich geschützte Werke konsumieren und weitergeben. Statt dem X-ten Konstrukt oder der N-ten Abgabe könnte man möglicherweise mit einer Kulturflatrate ein gemeinsames Werkzeug finden. Trotz solcher Abgaben muss der Urheber natürlich weiter über die Verwendung seiner Werke entscheiden können.

These Sechs: Hier werden nun also die pauschalen Verwertungsgesellschaften gelobt, die gerade noch eine ungeeignete Form waren. Zumindest wird deren Arbeiten kritisiert und Verbesserungen gefordert.

These Sieben: Viele gute Punkte, es soll kein Abschalten des Internetzugang geben und auch keine privatrechtliche Rechtsdurchsetzung. Aber der Teufel steckt immer im Detail. So dürfen die "[Grund]rechte] nicht unverhältnismäßig beschränken" werden. Das ist natürlich Unsinn. Die Grundrechte dürfen überhaupt nicht beschränkt werden. Auch soll es keine "flächendeckende Inhaltefilterung" geben. Nein es soll gar keine Filterung geben. In Ländern mit Filtersystemen kann man bereits nachvollziehen das willkürlich Inhalte gesperrt werden und der Ruf nach Ausweitung der "Filterung" groß ist.

These Acht: Auch hier wieder ein guter Grundton, Entschärfung der Abmahnindustrie. Die Urheberrechtsverletzung wird aber in einen Topf mit der Störerhaftung geworfen. Das ist falsch. Die Störerhaftung ist falsch. Sie ist ein massives Hindernis bei der Entwicklung von offenen Netzwerken in Städten und öffentlichen Gebäuden.

These Neun: Richtige Ansätze. Die Aufforderung zum löschen von illegalen Inhalten auf Webseiten funktioniert schon Heute und macht das sperren überflüssig. Es muss aber auch hier darauf geachtet werden, dass die Ansprüche wirksam überprüft werden bevor offizielle Löschanfragen versendet werden. Bereits Heute werden Blogger zum Beispiel von einer Presseagentur abgemahnt die korrekt vom Zitatrecht Gebrauch gemacht haben. Auch wenn die Ansprüche ungerechtfertigt sind muss man



sich mit einem Anwalt dagegen wehren, das ist teuer und zeitaufwendig. Wenn nun direkt aus so einem Verhalten heraus Webseiten, also die Existenzgrundlage einiger Blogger, gelöscht werden können, wäre das verheerend.

These Zehn: Natürlich müssen Verleger ihre Inhalte gegen unerlaubte Weiterverwendung schützen können. Aber das was Newsaggregatoren Heute machen ist vom Zitatrecht gedeckt und das muss es auch bleiben. Informationen sind kein Rohstoff aus dem man den maximalen Gewinn ziehen muss. Informationen sind ein gesellschaftliches Gemeingut zu denen Jeder effektiven Zugang haben muss.

These Elf: Nur Zustimmung. Zweitverwertungsrecht für Wissenschaftler. Überprüfung der Schrankenrechte für Wissenschaft und Bildung. Bildungsträger wie Schulen müssen freien Zugang zu Werken erhalten, wenn sie für den Bildungsauftrag Verwendung finden.

These Zwölf: Auch hier Zustimmung. Verwaiste Werke müssen wieder zugänglich gemacht werden. Dies sollte aber dadurch geschehen, dass sie als Gemeingut gelten. In Diesem Zusammenhang muss auch über die Dauer des Urheberrechts diskutiert werden. Werke sind bis 70 Jahre nach dem Tot geschützt. Das ist zu lange und führt dazu, das Werke verschwinden, da es sich finanziell nicht lohnt sie in moderne Datenformen zu bringen.

Brennpunkte der Informationsgesellschaft



von Mathias Rudolph -Am 12. Mai fand im Landtag die Veranstaltung "Brennpunkte der Informationsgesellschaft" (<http://spd-fraktion-sachsen.de/Netzpolitik>) statt, die von der SPD-Fraktion ausgerichtet wurde..

Als Hauptredner eröffnete Andreas Schurig, der sächsische Datenschutzbeauftragte, die Veranstaltung. Er ging mit seinem Redebeitrag auf das wichtige Recht der informationellen Selbstbestimmung ein. Ein Recht welches jedem Bürger zusichert selbst über seine personenbezogenen Daten zu bestimmen. Es wurde als Grundrecht durch Bundesverfassungsgerichts aus dem Grundgesetz ableitet und ist in der EU-Grundrechtecharta verankert. Im Grundgesetz selbst ist es aber noch nicht ausdrücklich aufgeführt, einen Umstand den es zu ändern gilt. Das Probleme bei der Durchsetzung dieses Rechts ist, dass man häufig nicht einmal sicher sein kann wer welche Daten über einen gespeichert hat. Es liegt ein generelles Transparenzproblem vor.

Nach dem Vortrag wurden zwei Beispiele für Beteiligungsplattformen vorgestellt und diskutiert. Zunächst hat Daniel Reichert, Vorsitzender des Liquid Democracy



e.V., das System hinter der gleichnamigen Software vorgestellt. Liquid Democracy hat zum Ziel eine Plattform zu schaffen in der man über Themen diskutieren und abstimmen kann. Dabei werden demokratische Entscheidungsprozesse mit einem Diskussionsforum verbunden und weiter entwickelt. Das ganze kann man unter <http://www.adhocracy.de> ausprobieren. Der LAK SIRENe versucht sich unter <http://sirene.adhocracy.de>

Die zweite Plattform ist www.das-ist-sozialdemokratisch.de. Vorgestellt von, einem der Entwickler, Dennis Morhardt. Hier konnten Nutzer Vorschläge zu verschiedenen Themenbereichen einbringen und abstimmen die sozialdemokratische Politik definieren sollten.

Das Interesse an beiden Plattformen war groß und so wurde über Sinn und Nutzen diskutiert. Häufig war der Vorwurf zu hören, dass solche Beteiligungsformen, weil im Internet, ja nicht die Gesellschaft widerspiegeln würden und weiter könnte nicht jeder gleichberechtigt daran teilnehmen. Dabei wurde geflissentlich übersehen, dass althergebrachte Beteiligungsformen auch nicht für jeden gleichermaßen zugänglich sind, sei es aus Zeit oder finanziellen Gründen, und ihre eigenen Einstiegshürden mitbringen. Wir sollten als Jusos und in der SPD das Ziel verfolgen die neue Technik sinnvoll mit unseren althergebrachten Veranstaltungsformen zu verknüpfen und zu erweitern, um so unsere Arbeit zu verbessern und mehr Menschen die Teilnahme ermöglichen ohne andere Menschen auszuschließen.

Nach den Einführungsveranstaltung gab es zwei Blöcke mit jeweils drei parallelen Veranstaltungen. Es wurden zunächst "Urheberrecht", "Datenschutz in Europa" sowie "Soziale Netzwerke und Persönlichkeitsschutz" diskutiert. Die Veranstaltung zu "Soziale Netzwerke und Persönlichkeitsschutz" wurde von Sabine Fuhrmann mit einem Impulsreferat eröffnet. Im Anschluss wurden verschiedene Fragestellungen dazu diskutiert. Soll es eine Art "digitalen Radiergummi" geben, etwa für unliebsame Äußerungen die man als Jugendlicher getätigt hat und als Erwachsener bereut. Das ging bis hin zu dem Vorschlag, dass mit dem Eintritt ins Erwachsenenalter alle Datenspuren automatisch gelöscht werden sollen. Abgesehen davon das ein solcher Radiergummi technisch kaum machbar ist, ist auch sein Sinn sehr fraglich. Es fiel der Vergleich mit dem Zeitungsarchiv, aus dem unliebsame Artikel entfernt werden. Vielmehr sollten Kinder und Jugendliche den Umgang mit dem Netz sinnvoll beigebracht werden. Entsprechend wurde zum Beispiel der "Internetführerschein" als bildungspolitisches Feigenblatt abgelehnt. Letztlich kann man auch versuchen das unendliche Wissen und Gedächtnis des Netz als etwas positives zu sehen. Schließlich ist nicht alles was man äußert oder preisgibt schlecht und es kann sogar schön sein sich daran zu erinnern, wenn man es wieder entdeckt. Schließlich wurde auch hier die Urheberrechtsproblematik diskutiert. Soziale Netze leben davon, dass man Inhalte teilt, darunter fallen auch immer wieder Fotos deren Urheber man nicht ist oder Videos mit Musik die man mag, die aber illegal hochge-



laden wurde. Wenn man solche Inhalte nicht nur verlinkt, sondern mit Vorschau auf der eigenen (z.B.) Facebook-Timeline veröffentlicht, macht man sich der Urheberrechtsverletzung schuldig. Dieses potentielle Einfalltor für Abmahnanwälte sollte schnellstens geschlossen werden. So wie generell über die aktuelle Struktur des Urheberrechts diskutiert werden muss.

Im zweiten Block wurden "Netzstrukturen, Netzneutralität und staatliche Infrastrukturverantwortung", "Arbeitnehmerdatenschutz" und "Kriminalität im Internet" diskutiert. Zur Netzneutralität hat Ansgar Koreng mit einem Vortrag eröffnet. Es ging grundsätzlich darum wie es einen sinnvollen Ausgleich zwischen dem ertragreichen Stadtnetzen und den teuren ländlichen Bereich geben kann. Es wurde darüber gesprochen was Netzneutralität ausmacht, zum Beispiel der diskriminierungsfreie Datentransfer, wie man das überhaupt überwachen kann und ob Netzneutralität überhaupt sinnvoll ist. Muss man die Netzneutralität am Ende vielleicht aufgeben weil die Leitungen vom ständige wachsenden Datenaufkommen überfordert werden? Viele Fragen ohne wirklich zu einer Antwort zu kommen. Ein Thema das für die Zukunft sicherlich interessant ist.

Redaktion

Liebe Jusos,

bei Fragen und Änderungs- bzw. Verbesserungsvorschlägen könnt ihr euch gerne an uns unter AnastasiaBass@gmx.de oder spd@mathiasrudolph.de wenden. Ansonsten hoffen wir auf eure rege Mitarbeit und freuen uns schon sehr auf die nächsten Beiträge.

Mit vielen Grüßen
Anastasia und Mathias

Redaktionsschluss: 25. Mai 2012

